

Münsteraner Erklärung
über die gemeinsamen Wissenschafts- und Forschungsbeziehungen
zwischen
der Flämischen Gemeinschaft, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der
Niederlande, dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen

Präambel

Die Ministerin für Bildung, Kultur und Wissenschaft der Niederlande, die Ministerin für Unterrichtswesen und Ausbildung der Flämischen Gemeinschaft von Belgien, der Minister für Finanzen und Haushalt, Raumordnung, Wissenschaften und technologische Innovation der Flämischen Gemeinschaft von Belgien, die Ministerin für Kultur, Hochschule und Forschung des Großherzogtums Luxemburg, der Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen und die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen begrüßen die bereits erreichte gute und intensive Zusammenarbeit im Hochschul- und Forschungsbereich.

Mit großer Zufriedenheit stellen die Ministerinnen und Minister fest, dass

- im Bereich der Lehre und Forschung bilaterale und multilaterale Netzwerke gewachsen sind und die Vernetzung weiter zunimmt,
- die Nachfrage nach Informationen über das Studieren außerhalb des eigenen Landes bzw. der eigenen Region groß ist,
- die Zahl der gemeinsamen Studiengänge und binationalen Graduiertenkollegs in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist,
- Studierende und Lehrende mit Enthusiasmus an Austauschprogrammen teilnehmen,
- es zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den beteiligten Ländern und Regionen eine große Zahl grenzüberschreitender institutionalisierter Forschungsk Kooperationen gibt und die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Rahmenprogramme sehr erfolgreich verläuft,
- die Hochschulen in den Grenzregionen in den vergangenen Jahren ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Forschungs- und Wirtschaftseinrichtungen im Bereich der Lehre und Forschung zum Ausbau der regionalen Innovation und regionalen wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt haben.

Die Ministerinnen und Minister sind der Meinung, dass

- die in der Mitteilung der EU-Kommission "Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens" genannten Ziele einen guten Ansatz für eine Debatte in und unter den Mitgliedstaaten und für ihre Reformbestrebungen bildet,
- das dichte Netz von Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, ihre gute Infrastruktur und die geographische Nähe der wissenschaftlichen Einrichtungen zueinander den beteiligten Kooperationspartnern eine herausragende Position im Europäischen Kontext verschafft,
- die Kooperation auch dazu dient, im Lichte der EU-Beschlüsse von Lissabon (2000) und Barcelona (2002) und hier vor allem im Hinblick auf das formulierte strategische Ziel, bis zum Jahr 2010 3% des Bruttoinlandsprodukts für Forschungsinvestitionen aufzuwenden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit im gegenseitigen Interesse gezielt und nachhaltig zu unterstützen,
- die gemeinsamen Beratungen positive Impulse auf die jeweilige Wissenschafts- und Forschungspolitik ausüben insbesondere hinsichtlich der Steigerung der Attraktivität des gemeinsamen Wissens- und Bildungsraums für junge Forscherinnen und Forscher,
- der Bologna-Nachfolgeprozess vorangetrieben werden soll, um die Mobilität der Studierenden weiter zu stimulieren,
- die Zusammenarbeit der beteiligten Länder und Regionen im Falle der EU-Ratspräsidentschaft einen zusätzlichen Impuls erhält.

Universitäre Ausbildung, Studiengänge und Lehre

Die Ministerinnen und der Minister befürworten im Bereich der universitären Ausbildung und Lehre

- ein stärkeres Vorgehen im Aufbau gemeinsamer Studiengänge,
- eine engere Kooperation beim Konzipieren gegenseitig anerkannter neuer Studiengänge und bei der Umstellung auf die Bachelor- und Master-Struktur,
- die Förderung und Intensivierung gemeinsamer Evaluierungsstandards und Qualitätssicherungsmechanismen sowie die Weiterführung und Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Akkreditierungsagenturen,
- die Gründung zusätzlicher Wechsellehrstühle bzw. Gastlehrstühle,

- den Abbau von vorhandenen bürokratischen und juristischen Hürden im Hinblick auf die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge und den Austausch von Studierenden und Lehrenden,
- den Abbau von sprachlichen Hemmnissen,
- die Fortsetzung bilateraler bzw. multilateraler Hochschultage,
- Initiativen zum Erfahrungsaustausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Auslandsämter der Universitäten in den beteiligten Ländern zur weiteren Intensivierung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden.

Wissenschaftliche Forschung und Innovation

Die Minister befürworten im Bereich der wissenschaftlichen Forschung:

- die Gründung weiterer grenzüberschreitender Graduiertenkollegs,
- die Fortsetzung und Erweiterung von binationalen bzw. multilateralen Forschungsfellowships,
- die Zusammenarbeit bei der Neugestaltung der europäischen Forscherkarrieren,
- die Stimulierung der grenzüberschreitenden Kooperation und des Austauschs im Hinblick auf den sich entwickelnden Europäischen Forschungsraum,
- die Intensivierung des Austauschs der Kontaktstellen und der Stimulierung weiterer gemeinsamer Anträge im Rahmen der EU-Forschungsrahmenprogramme und anderer europäischer Förderprogramme,
- einen Erfahrungsaustausch der Forschungsförderungseinrichtungen gemeinsam mit den wissenschaftlichen Akademien zur weiteren Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit,
- die verstärkte gemeinsame Nutzung der vorhandenen Forschungsförderungsprogramme von Stiftungen und anderen Einrichtungen mit dem Ziel, weitere grenzüberschreitende Forschungsprojekte in die Wege zu leiten,
- die Durchführung von wissenschaftlichen Fachkonferenzen zu wechselnden Themen
- neue Initiativen der Hochschulen auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit regionalen Einrichtungen und Unternehmen, um die regionale Innovation und wirtschaftliche Entwicklung zu stärken und die Regionen unter Einbeziehung der EU-Förderung in die Wissensgesellschaft einzubinden.

Die Ministerinnen und Minister äußern abschließend die Hoffnung, dass sich weitere europäische Partner, wie bereits von dem Land Niedersachsen angezeigt, dem Kooperationsgeist dieser Erklärung anschließen werden. Sie vereinbaren für die Zukunft, sich regelmäßig zu treffen, um über den Stand der Umsetzung zu beraten.

Münster, 8. Oktober 2003

Ministerin für Bildung, Kultur und
Wissenschaft der Niederlande

(Maria van der Hoeven)

Flämische Ministerin für Unterrichtswesen
und Ausbildung

(Marleen Vanderpoorten)

Ministerin für Kultur, Hochschule und
Forschung des Großherzogtums
Luxemburg

(Erna Hennicot-Schoepges)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung des
Landes Nordrhein-Westfalen

(Hannelore Kraft)

Flämischer Minister für Finanzen und Haushalt,
Raumordnung, Wissenschaften und
technologische Innovation

(Dirk Van Mechelen)